

Gegner der Zonenplaninitiative siegen mit komfortablem Mehr

Thun 65,91 Prozent der Thuner Stimmberechtigten haben die Zonenplaninitiative abgelehnt. Stadtpräsident Raphael Lanz wertet das klare Resultat als Vertrauensbeweis der Bevölkerung.

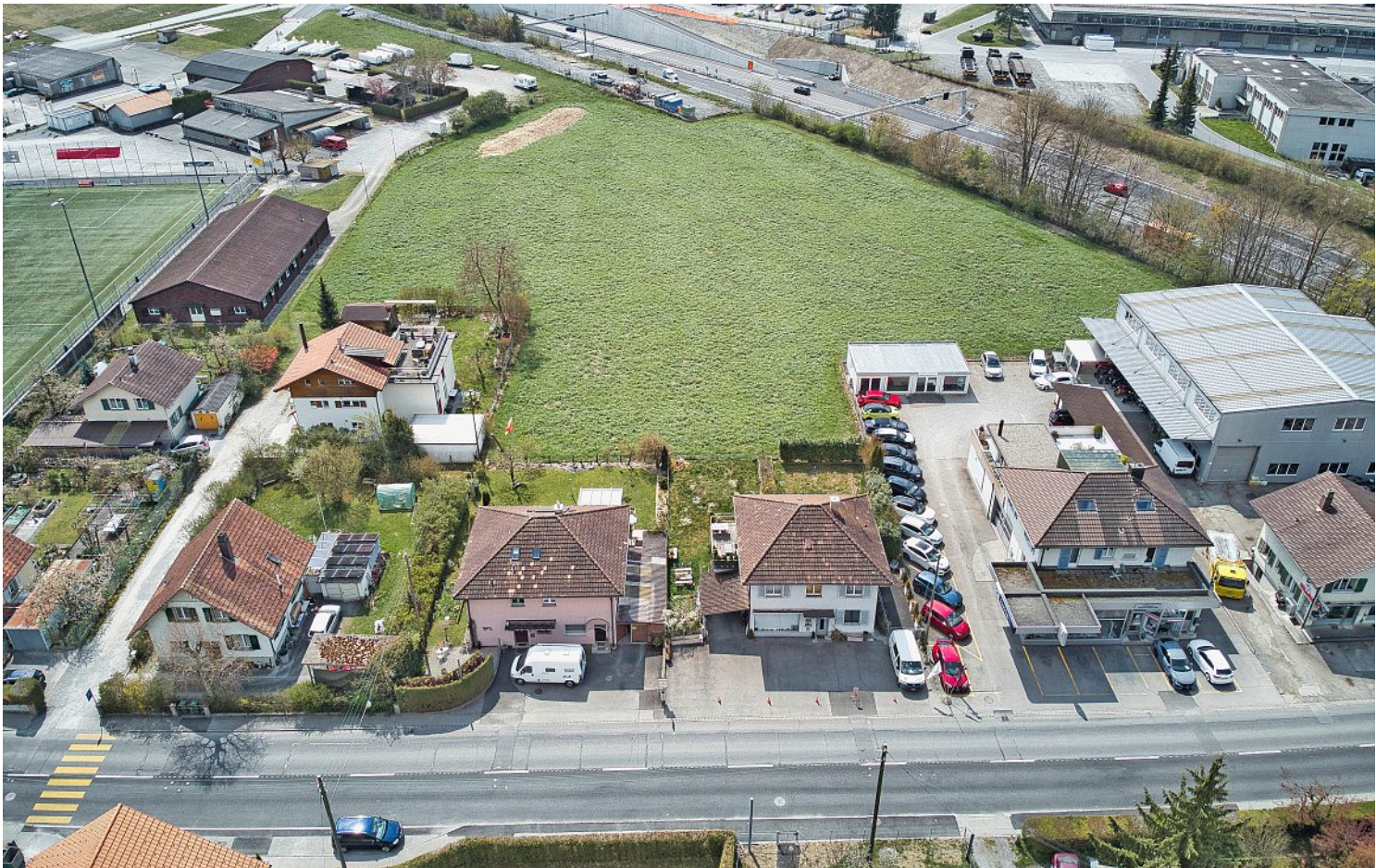
Gabriel Berger

541 Tage nach deren Einreichung ist gestern in Thun über die Zonenplaninitiative abgestimmt worden. Das Volksbegehren zielte darauf ab, die heutige Grünfläche zwischen der Autobahn A6, dem Fussballfeld des FC Lerchenfeld und der Allmendstrasse im Gebiet Zollhaus im Lerchenfeld umzuzonen – von einer Zone für Arbeiten in eine Zone für Sport- und Freizeitanlagen. Damit sollte nicht nur Raum für Sport und Freizeit geschaffen, sondern auch der auf dieser Parzelle geplante regionale Abfallsammelhof mit Recyclingcenter der AG für Abfallverwertung (Avag) verhindert werden (wir haben berichtet).

Vertrauen freut Stapi Lanz

Die Stimmberechtigten haben die Initiative mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. 10'245 Thunerinnen und Thuner (oder 65,91 Prozent) legten ein Nein in die Urne, lediglich 5298 ein Ja (34,09 Prozent). Die Stimmbeteiligung lag gemäss einer Medienmitteilung der Stadt Thun bei 51,36 Prozent.

Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich sowohl der Thuner Gemeinderat als auch sämtliche im Stadtrat vertretenen Parteien für ein Nein zur Vorlage ausgesprochen. Auf der Befürworterseite standen nebst dem Initiativkomitee aus direkt oder indirekt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem Quartier zudem der Lerchenfeld-Leist, der FC Lerchenfeld und der Dachverband Sport Thun. «Ich freue mich, dass die Thunerinnen und Thuner dem Gemeinderat mit diesem Resultat ihr Vertrauen aussprechen», äusserte sich Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) in einer ersten Reaktion. Die Bevölkerung anerkenne den Bedarf eines neuen Sammelhofs und erachte den geplanten Standort im Lerchenfeld als geeignet.



Diese Parzelle im Lerchenfeld verbleibt nach dem Nein zur Zonenplaninitiative in der Zone für Arbeiten. Unten ist die Allmendstrasse zu sehen, am linken Bildrand das Fussballfeld des FC Lerchenfeld. Foto: Christoph Gerber

Kampf gegen Anlage bleibt

Gerade weil die Thuner Politik mehr oder weniger geschlossen ein Nein zur Initiative empfohlen habe, sei es ein gutes Zeichen, dass die Stimmberechtigten diese Haltung mehrheitlich mittragen. Doch hätte das Ergebnis angesichts dieser Geschlossenheit nicht noch deutlicher ausfallen müssen? «Eine Zweidrittelmehrheit ist schon ein recht deutliches Resultat», fand Lanz. Man habe bereits bei der Quartierschulinitiative gesehen, dass Volksbegeh-

ren, die quartierspezifische Themen aufgreifen, durchaus grosse Resonanz finden.

Unglücklich über den Abstimmungsausgang zeigte sich die frühere Stadträtin und Initiativkomitee-Mitglied Daniela Weber: «Obwohl wir mit diesem Resultat rechnen mussten, ist die Enttäuschung natürlich gross.» Volksinitiativen hätten es an der Urne nie leicht. Woran es letztlich gelegen habe, sei schwierig zu beantworten, «denn gegen mehr Möglichkeiten für den Sport ist ja eigentlich niemand», sagte Weber. Möglicherweise hätten viele auf die Empfehlung

von Gemeinde- und Stadtrat vertraut. Weber kündigte gestern aber bereits an, den Kampf gegen den Sammelhof fortzuführen. «Und wir werden der Stadt weiterhin auf die Finger schauen.»

Als Nächstes gehts um ÜO

Nach dem politischen Grundsatzentscheid an der Urne folgt nun als Nächstes die öffentliche Mitwirkung zur Erschliessungsüberbauungsordnung (ÜO). Hintergrund ist der Ausbau und die Sanierung der Flugplatzstrasse, die unabhängig vom Bau des Abfallsammelhofs erfolgen. Parallel dazu kann die Avag nun ihre Planung für die vorgesehene Anlage weiter vorantreiben.

Stadtpräsident Lanz wagte am Sonntag noch keine Prognose, wann der Abfallsammelhof der-einst am neuen Standort in Betrieb genommen werden kann. Sowohl bei der Erschliessungs-ÜO als auch beim eigentlichen Bauprojekt könnten Direktbetroffene ihre Interessen mit Einsprachen wahren. Wäre der Weg zum Abfallsammelhof ein Marathon, wo stünden Avag und Stadt also derzeit? «Wohl noch nicht bei Kilometer 38, aber schon weiter als Kilometer 21», fand Lanz.



Gabriel Berger
gabriel.berger@bom.ch

Kommentar

Umsichtiges Handeln trotzdem angezeigt

Wer wünscht sich in seiner Nachbarschaft eine Anlage, in der jährlich mehrere Tausend Tonnen Abfall angeliefert, entsorgt und bearbeitet werden? Die Frage ist rhetorisch, die Antwort klar: niemand! Obwohl die Zonenplaninitiative (ZPI) vordergründig ein scheinbar trockenes Planungsgeschäft zum Thema hatte, ging es bei der Abstimmung zu guten Teilen um die Frage, ob sich die Thuner Stimmberechtigten mit ihren direktbetroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Lerchenfeld solidarisieren.

Eine komfortable Mehrheit der Abstimmenden hat das Volksbegehren nun abgelehnt. Das Verdikt ist nachvollziehbar – und richtig. Die Grünfläche hätte zwar für sportliche oder Freizeitzwecke genutzt werden können, der grosse Wurf wäre aber aufgrund der Platzverhältnisse so oder so nicht möglich gewesen. Und Alternativen für mehr Sport/Freizeit sind anderswo in Thun bereits aufgegleist. Der Bedarf eines neuen Abfallsammelhofs ist dagegen hinreichend ausgewiesen.

Alles in Butter also? Nein. Nach der Quartierschulinitiative aus dem Schoren letzten Herbst wurde mit der ZPI aus dem Lerchenfeld erneut ein Volksbegehren, das stark von einem einzelnen Quartier ausging, abgelehnt. Demokratisch lief alles absolut korrekt. Die Gefahr ist indes gross, dass die David-gegen-Goliath-Konstellationen viele konsternierte und «abgehängte» Mitbürgerinnen und Mitbürger zurücklassen – nach dem Motto: «Mit uns hier draussen kann man es ja machen.» Damit dies in den Quartieren nicht zum Bumerang wird, ist bei den Behörden bei den nächsten Schritten mehr denn je politisches Fingerspitzengefühl und ein umsichtiges Vorgehen angezeigt.

Zweimal ein deutliches Ja

Herbligen Die Stimmberechtigten hiessen an der Urne sowohl die defizitäre Jahresrechnung wie auch das Reglement für das Erheben einer Konzessionsabgabe Stromversorgung gut.

Statt an der Gemeindeversammlung befanden die Bürgerinnen und Bürger von Herbligen Corona-bedingt an der Urne über die Jahresrechnung 2020. Und das Verdikt war deutlich. Mit 222 Ja-Stimmen und 6 Nein segnete der Souverän das Jahresergebnis ab. Dies bei einer Stimmbeteiligung von 52,6 Prozent. Die Jahresrechnung schliesst bei einem Gesamtaufwand von 2,137 Millionen Franken mit einem Defizit von 74'140 Franken ab. Das Budget rechnete mit einem Minus von 163'000 Franken.

«Wir sind dankbar, konnten wir besser abschliessen als budgetiert, dies ist eine grosse Erleichterung», sagte Gemeindepräsident Rudolf Scheidegger auf Anfrage. Die Gründe für die Besserstellung sind vielfältig. So fielen etwa die Kosten für die Exekutive um 10'000 Franken tiefer aus, weil Corona-bedingt weniger Sitzungen und Anlässe stattfanden. Zudem wurden in der Bildung rund 30'000 Franken weniger ausgegeben. Dies gilt auch für die sozialen Ausgaben. Sie liegen um 23'000 Franken unter dem Budget.

Weniger aus Finanz- und Lastenausgleich

Grössere Abweichungen gab es im Bereich Finanzen und Steuern. Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern fiel der Ertrag um rund 94'000 Franken höher aus als vorgesehen. Wegen der guten Steuererträge der letzten Jahre erholt: «Mit uns hier draussen kann man es ja machen.» Damit dies in den Quartieren nicht zum Bumerang wird, ist bei den Behörden bei den nächsten Schritten mehr denn je politisches Fingerspitzengefühl und ein umsichtiges Vorgehen angezeigt.

Der Fehlbetrag von 74'100 Franken wurde dem Eigenkapital belastet. Dieses beläuft sich neu auf 1,955 Millionen Franken. Mit einem Ertragsüberschuss von insgesamt 24'800 Franken schliessen die Spezialfinanzierungen, die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung ab. Um 44'450 Franken tiefer als vorgesehen fielen die Investitionen aus. Der grösste Posten betraf den Ersatz der Beleuchtung in der Turnhalle mit rund 28'000 Franken.

Abgabe wird reglementiert

Mit 197 Ja-Stimmen zu 28 Nein hiessen die Herbliger ebenso das Reglement für die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung gut. Seit etlichen Jahrzehnten schliessen die bernischen Gemeinden mit der BKW oder einem anderen Energieversorgungsunternehmen einen Konzessionsvertrag ab und erheben so Abgaben für die Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes. Mit dem Ja zum neuen Reglement hat die Gemeinde nun die Rechtsgrundlage für die Konzessionsabgabe geschaffen. Weil die bisherige Konzessionsgebühr von jährlich rund 24'000 Franken für Herbligen eine bedeutende Einnahme ist, hat der Gemeinderat ein entsprechendes Reglement ausgearbeitet. So kann die Konzessionsabgabe wie bisher mit 1,5 Rappen pro Kilowattstunde auch künftig erhoben werden.

Stefan Kammermann

Tschopp, Berger und Zaugg in 2. Runde

Verwaltungskreis Thun Simone Tschopp, Mathias Berger und Hannes Zaugg-Graf werden am 29. August auch im 2. Wahlgang für das Thuner Statthalteramt kandidieren.

Marc Imboden

«Die Ausgangslage war spannend – und bleibt es weiterhin.» Mit diesen Worten begrüsst der amtierende Thuner Regierungstatthalter Marc Fritschi gestern die Medienvertreterinnen und -vertreter und machte damit klar: Es wird für seine Nachfolge im Verwaltungskreis Thun einen zweiten Wahlgang geben.

Bei der anschliessenden Bekanntgabe der Resultate zeigte sich, dass die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass der Verwaltungskreis Thun zum ersten Mal eine Regierungstatthalterin erhält. Für die parteilose Juristin Simone Tschopp, portiert von den Grünen, der SP und der EDU, stimmten 17'850 Wählerinnen und Wähler. Tschopps Stimmenanteil beträgt somit 41,1 Prozent.

Auf dem zweiten Rang klassierte sich Mathias Berger (SVP). Er wurde nicht nur von seiner Partei unterstützt, sondern auch von der FDP. Er erhielt 10'933 Stimmen (25,2 Prozent). Hannes Zaugg-Graf (GLP), Grossrat und Gemeinderat von Utendorf, hatte neben der eigenen Partei auch die BDP-, CVP- und EVP-Sektionen Stadt Thun hinter sich und kam mit 6109 Stimmen (14,1 Prozent) auf den dritten Platz.

Alle dürfen wieder antreten

Auf den beiden letzten Plätzen landeten die beiden Kandidaten, die keiner Partei angehören und auch von keiner unterstützt wurden: der Jurist, Musiker und Webetexter Josua Romano (5083 Stimmen, 11,7 Prozent) und Stefan Burn, Bereichsleiter Bauwesen im Thuner Regierungstatthalteramt (3461 Stimmen, 8 Prozent). Die Stimmbeteiligung betrug 53,6 Prozent.

Der zweite Wahlgang findet am 29. August statt. Beteiligten können sich alle Kandidierenden, die mindestens 3 Prozent der Stimmen erhalten haben – in diesem Fall also alle fünf Kandidierenden. Sie können aber auch einen Ersatzkandidaten nominieren oder sich selber aus dem Rennen nehmen.

«Absolute Wundertüte»

«Die Wahl war eine absolute Wundertüte.» So äusserte sich die strahlende Gewinnerin der ersten Runde gegenüber dieser Zeitung. Für sie sei im Vorfeld der Wahl überhaupt nicht absehbar gewesen, wer wie abschneiden würde, sagte Simone Tschopp. Sie habe für ihre Kandidatur sehr viele Rückmeldungen erhalten – sowohl von Bekannten, als auch von Leuten, mit denen sie vorher nie in Kontakt war.

«Der Frauenbonus hat wohl auch eine Rolle gespielt», analysierte sie ihr Resultat. «Aber entscheidend war sicher, dass ich dem Anforderungsprofil am besten entspreche. Tschopp ist Juristin und spezialisiert auf Bauplanung sowie Umwelt- und bürgerliches Bodenrecht. «Beruflich bin ich auf dem Land und auch in SVP-Kreisen verwurzelt und privat im städtischen Umfeld.

Mehr persönlicher Kontakt

Simone Tschopp hofft, dass sie mit dem Abflachen der Pandemie mehr Gelegenheit haben wird, um vor dem zweiten Wahl-



Simone Tschopp (parteilos), 17'850 Stimmen.



Mathias Berger (SVP), 10'933 Stimmen.



Hannes Zaugg-Graf (GLP), 6109 Stimmen.



Josua Romano (parteilos), 5083 Stimmen.

Ein zweites Leben für das Turmhaus

Region Thun Das Turmhaus in Oberhofen wird verkauft. Es gehört künftig der deutschen Ärztin Tsambika Psaras.

Am Ende war es eine klare Angelegenheit: 913 Stimmberechtigte sprachen sich für den Verkauf des Turmhauses zu, 341 lehnten ihn ab. Die Stimmbeteiligung lag bei knapp 66,7 Prozent. Damit wird dem 157 Jahre alten Gebäude neues Leben eingehaucht. Die künftige Besitzerin, die deutsche Ärztin Tsambika Psaras, will die Liegenschaft wieder auf Vordermann bringen und sie dann auch selber bewohnen. «Ich bin erleichtert», sagte Gemeindepräsident Philippe Tobler (SVP) am Sonntag nach Bekanntgabe der Resultate. «Dank dem Ja wird die Gemeinde von hohen Kosten entlastet.» Zudem würde die Zukunft des historischen Gebäudes langfristig gesichert. Der Erlös von 3,4 Millionen Franken wird in einem ersten Schritt auf einem Sperrkonto landen. Der Gemeinderat wird zusammen

mit der Turmhauskommission über die weitere Verwendung des Geldes beraten. Es soll im Sinne der Schenkerin Gräfin Helene Harrach, geborene von Pourtalès (1849–1940), eingesetzt werden.

Die Schenkung wurde seinerzeit von einem Vertrag begleitet, an den Bestimmungen geknüpft sind. So sollten die Erträge aus der Liegenschaft den Armen und Kranken zukommen. Der jüngste Handwechsel soll bereits am Ende Jahr erfolgen. «Es geht nun Schlag auf Schlag. Den Mietern wurde bereits gekündigt», sagt Tobler. Er gehe davon aus, dass die Sanierung des Turmhauses danach zügig angegangen werde.

Barell-Gut bleibt auf Agenda

Schiffbruch erlitt der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Planung beim Barell-Gut.

Lediglich 533 Oberhofner folgten dem Antrag der Regierung und nahmen die Überbauungsordnung Barell-Gut an, 703 lehnten sie dagegen ab. Die Stimmbeteiligung lag bei 65,9 Prozent. «Mit der Abstimmung behält die alte Überbauungsordnung ihre Gültigkeit, und die Grundeigentümer können aufgrund dieser ein Baugebiet einreichen», sagte Gemeindepräsident Tobler in einer ersten Reaktion. Er bedauere es «ausserordentlich, dass mit der Ablehnung auch die Verpflichtung zu günstigem Wohnraum obsolet wird. Das hätte junge Leute angezogen.» Der Gemeinderat habe nun aber seine Pflicht erfüllt und die Planungslagen dem Volk vorgelegt. Er gehe davon aus, dass jetzt nach der gültigen Überbauungsordnung aus dem Jahr 1992 geplant und gebaut werde, führte Tobler

aus. Wieso es zu einem Nein gekommen ist, kann der Gemeinderat nicht erraten. «Viel leicht war das Eisen zu lange im Feuer.» So sei die Abstimmung über das Geschäft in der Vergangenheit mehrfach verschoben

worden. «Die Bürger wurden müde.»

Wie geht es weiter?

Erleichtert gab sich Carol Wieland vom Verein Barell-Gut. «Wir begrüßen, dass der Ent-

scheid deutlich ausgefallen ist.» Über die Gründe des Neins könne sie nur spekulieren, sie habe aber den Eindruck gewonnen, dass viele Oberhofner den Nutzen der Überbauung für das Dorf nicht gesehen hätten. Der ursprüngliche Gedanke der Erben-gemeinschaft zum Landverkauf sei gewesen, der Gemeinde etwas zurückzugeben.

Für den Verein ende mit dem Nein die Arbeit nun aber keineswegs. «Wir werden das Gespräch mit allen Beteiligten suchen.» Ziel sei es nach wie vor, auf dem Barell-Gut «ein Projekt zur Förderung der Dorfidentität» zu entwickeln. Das Barell-Gut sei eingezontes Bauland und im Moment habe die alte Überbauungsordnung ihre Gültigkeit, so Wieland. «Auf dieser Basis beginnt die neue Diskussion».

Roger Probst



Das Turmhaus: Es geht in neue Hände über. Foto: Christoph Gerber



Stefan Burn (parteilos), 3461 Stimmen. Fotos: Patric Spahni

«ganz sicher» ein zweites Mal antreten. Josua Romano hingegen hat sich diesbezüglich noch nicht entschieden. «Dafür ist es noch zu früh», sagte er. Er wertet die gut 5000 Stimmen, die er erhalten hat, als Achtungserfolg. «Ich bin ein politischer Neuling, habe im Vorfeld zum Teil kontroverse Positionen vertreten und einen Low-Budget-Wahlkampf betrieben: Ich kann also zufrieden sein.»

Stefan Burn zeigte sich erleichtert, dass er so deutlich abgeschlagen aus der Wahl hervorging: «So kann ich mich mit gutem Gewissen zurückziehen. Das Volk hat immer recht.» Mit rund 6000 Franken habe er wenig Geld in den Wahlkampf investiert, was sich im Resultat niedergeschlagen habe. Trotz der Niederlage sei es für ihn kein Problem, weiter im Thuner Regierungstatthalteramt zu arbeiten.